

FRIEDEN IN DER UKRAINE



**ZWÖLF JAHRE
DER UNVEREINBARKEIT
VON OST UND WEST**

JACQUES BAUD

WESTEND

W E S T E N D

JACQUES BAUD

Frieden in der Ukraine

Zwölf Jahre
der Unvereinbarkeit
von Ost und West

Aus dem Französischen übersetzt
von Philipp Otte

W E S T E N D

Originaltitel: Paix en Ukraine. Erste Ausgabe, Frankreich, 2026,
Éditions Max Milo. © Max Milo, 2026. Tous droits réservés.

Mehr über unsere Autoren und Bücher:
www.westendverlag.de

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt
insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen
und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

ISBN: 978-3-98791-385-3

1. Auflage 2026

© Westend Verlag GmbH, Waldstr. 12 a, 63263 Neu-Isenburg

Umschlaggestaltung: Buchgut, Berlin

Druck und Bindung: CPI Claussen & Bosse GmbH, Birkstr. 10, 25917 Leck

Printed in Germany

Inhalt

Vorwort – Sanktioniert	11
1. Einleitung	19
2. Die Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland	21
2.1. Holodomor	22
2.2. Der Ultrationalismus und der Kult des Dritten Reichs	23
3. Die Bemühungen Russlands um eine politische Lösung (2014–2022)	29
3.1. Der Euromaidan (Dezember 2013–Februar 2014)	30
3.1.1. Der Annäherungsversuch an Europa (November 2013)	30
3.1.2. Die Entwicklung zu einem Konflikt innerhalb der Gesellschaft (Dezember 2013)	33
3.1.3. Die Rolle des Westens	38
3.1.4. Der Ultrationalismus und Neonazismus	40
3.1.5. Die Krimfrage	42
3.2. Die Minsker Abkommen (September 2014 und Februar 2015)	50
3.2.1. Die Verhandlungen	50
3.2.2. Die Abkommen	51
3.2.3. Das »Normandie-Format«	54
3.2.4. Der Mythos von einer russischen Invasion (ab 2015)	56

3.2.5.	Die westliche Desinformation zum Separatismus	60
3.2.6.	Die westliche Weigerung zur Umsetzung der Minsker Abkommen	62
3.3.	Die Steinmeier-Formel (Januar 2016)	66
3.4.	Selenskyj wird zum Präsidenten gewählt (20. Mai 2019)	66
3.5.	Der Beginn der militärischen Krise (24. März 2021)	68
3.6.	Die russische Initiative (15. Dezember 2021)	74
3.7.	Der Anruf Dmitri Kosaks bei Andrij Jermak (24. Februar 2022)	77
4.	Die Bemühungen der Ukraine um eine politische Lösung (2022)	79
4.1.	Die Militärische Spezialoperation (SWO) (seit 24. Februar 2022)	79
4.1.1.	Gomel – die erste verpasste Gelegenheit (März 2022)	86
4.1.2.	Istanbul – die zweite verpasste Gelegenheit (März–April 2022)	88
4.1.3.	Kiew – die dritte verpasste Gelegenheit (August 2022)	93
4.1.4.	Das europäische Diktat (14. September 2022)	95
4.1.5.	Das Dekret Selenskyjs (4. Oktober 2022)	96
4.1.6.	Die neue russische Strategie (18. Oktober 2022)	98
4.1.7.	Auf der Suche nach einem Vermittler – Die Schweiz verliert ihren Platz	100
4.1.8.	Die Schwarzmeerinitiative (22 Juli 2022/23. März 2025)	102
4.2.	Selenskyjs »Friedensformel« (15. November 2022)	109
4.3.	Der Friedensplan Chinas (24. Februar 2023)	110
4.4.	Die Gegenoffensive von 2023	111

4.5.	Die russische Position (14. Juni 2024)	113
4.6.	Der Friedensgipfel von Bürgenstock (15.–16. Juni 2024)	116
4.7.	Selenskyjs »Siegesplan« (16. Oktober 2024)	118
4.7.1.	Die Offensive gegen Kursk (6. August 2024)	118
4.7.2.	Der »Siegesplan« (September 2024)	120
4.7.3.	Die Bilanz von Selenskyjs »Siegesplan«	123
5.	Die Bemühungen der Vereinigten Staaten um eine politische Lösung (seit 2025)	125
5.1.	Die Herausforderungen	126
5.1.1.	Die Herausforderungen für den Westen	127
5.1.2.	Die Herausforderungen für Russland	130
5.1.3.	Die Herausforderungen für die Ukraine	135
5.2.	Die Vereinigten Staaten als Vermittler	155
5.2.1.	Die »Trump-Methode«	161
5.2.2.	Der Dialog zwischen den Vereinigten Staaten und Russland	162
5.2.3.	Der Dialog zwischen den Vereinigten Staaten und der Ukraine	164
5.2.4.	Der Dialog zwischen der Ukraine und Russland	166
5.2.5.	Die Bestimmung einer europäischen Position	167
5.2.6.	Die Position der verschiedenen Handelnden für das Londoner Treffen (23. April 2025)	171
5.3.	Der Keith-Kellogg-Plan (ab April 2024)	179
5.4.	Die dreißigtätige »Energie-Waffenruhe« (18. März 2025)	182
5.5.	Die Istanbuler Verhandlungen (Mai–Juni 2025)	186
5.5.1.	Die erste Verhandlungsrunde (16. Mai 2025)	186
5.5.2.	Die zweite Verhandlungsrunde (2. Juni 2025)	187
5.6.	Ein neuer Siegesplan der Ukraine (Juli 2025)	190

5.7.	Der Anchorage-Gipfel (15. August 2025)	191
5.7.1.	Die Bilanz von Anchorage für Wladimir Putin	193
5.7.2.	Die Bilanz von Anchorage für Donald Trump	194
5.7.3.	Die Bilanz von Anchorage für die Ukraine	195
5.7.4.	Die Bilanz von Anchorage für die Europäische Union	196
5.7.5.	Die allgemeine Bilanz des Gipfels	196
5.8.	Der Budapest-Gipfel (Oktober 2025)	197
5.9.	Der europäische Zwölf-Punkte-Plan (29. Oktober 2025)	200
6.	Der Anfang vom Ende (Oktober 2025 bis heute)	203
6.1.	Die russische »hybride Kriegsführung«	206
6.2.	Die russischen Staatsfonds	213
6.3.	Der amerikanische 28-Punkte-Plan (18. November 2025)	223
6.3.1.	Der amerikanische Plan	224
6.3.2.	Der europäische Gegenvorschlag	234
6.3.3.	Der Witkoff-Kushner-Besuch in Moskau (3. Dezember 2025)	237
6.4.	Geheimkontakte in Abu Dhabi (24. November 2025)	239
6.5.	Die »Verhandlungen« von Berlin (15. Dezember 2025)	240
6.6.	Selenskyjs 20-Punkte-Plan (23. Dezember 2025)	241
6.7.	Ein Angriff auf Putins Residenz? (28.–29. Dezember 2025)	243
6.8.	Der Energiekrieg (Dezember 2025–Januar 2026)	245
6.9.	Der Gipfel in Paris (6. Januar 2026)	248
6.10.	Das Weltwirtschaftsforum (englisch WEF) in Davos (19.–23. Januar 2026)	249
7.	Die entscheidenden Faktoren für 2026	251
7.1.	Die Wichtigkeit einer soliden Langzeitstrategie	251
7.2.	Die bröckelnde europäische Unterstützung	254

7.3. Die jeweilige öffentliche Meinung	255
7.3.1. In Russland	256
7.3.2. In der Ukraine	260
8. Lehren und Aussichten	269
8.1. Europa wird beiseitegeschoben	269
8.1.1. Ein Problem der Ziele und der Strategie	271
8.1.2. Ein Personalproblem	274
8.1.3. Ein Führungsproblem	278
8.1.4. Ein Vernunftproblem	279
8.1.5. Ein Problem der Widersprüche	284
8.2. Unsere ewige Schwäche: die Nachrichtendienste	287
8.3. Niemand ist so blind wie derjenige, der nicht sehen will.	290
8.4. Die Sanktionen und das Abdriften Europas	296
Anhänge	303
Anhang 1 – Abkommen vom 21. Februar 2014 zur Beilegung der Ukrainekrise	303
Anhang 2 – Die Minsker Abkommen (Minsk II, 15.02.2015)	305
Anhang 3 – Vergleich des amerikanischen 20-Punkte-Plans mit der europäischen Fassung (eigene Darstellung)	309
Anhang 4 – Selenkskyjs Zwanzig-Punkte-Plan (23. Dezember 2025)	318
Anmerkungen	323

Vorwort – Sanktioniert

Dieses Werk wurde Mitte 2025 mit dem Ziel begonnen, den mühevollen Weg zum Frieden in der Ukraine aufzuzeigen. Hierbei geht es darum, die notwendigen Werkzeuge an die Hand zu geben, um die Positionen der einen wie der anderen Seite zu verstehen und wie diese sich jeweils im Laufe der Zeit weiterentwickelt haben.

Die Idee besteht darin, dass auf die eine oder andere Weise, ob man nun will oder nicht, der Frieden ausgehend von Vorschlägen geschaffen wird, die die jeweiligen Wahrnehmungen der zwei Hauptakteure des Konflikts berücksichtigen müssen. Unser Unvermögen – oder unsere Weigerung –, den »anderen« zu verstehen, hält einen Friedensprozess zwangsläufig auf. Die Ukraine zahlt dafür einen immer höheren Preis.

Seit 2013 zeigen die unterschiedlichen Versuche, den Konflikt zu lösen, wie sehr die Europäer – mehr noch als die Amerikaner – systematisch alles getan haben, um die Ukraine im Krieg zu halten. Sie haben nicht nur immer die Vorschläge Selenskyjs zurückgewiesen und ihn gezwungen, eine harte Linie zu vertreten. Zusätzlich haben sie sich darauf versteift, jedes Verständnis des Problems zu verhindern, das neue Lösungswege aufzeigen könnte.

Als gelte es, diese Feststellungen zu untermauern, hat mich die Europäische Union am 15.12.2025 mit den »Sanktionen gegen Russlands destabilisierende Handlungen im Ausland« belegt. Mein Vermögen in der EU wurde eingefroren und mir wurde untersagt, mich auf dem Gebiet der EU zu bewegen. Bei Drucklegung dieses Werks habe ich nicht die Möglichkeit, Lebensmittel zu kaufen, meine Rechnungen oder Arztkosten zu bezahlen. In Frankreich hat die Handelskette FNAC auf Eigeninitiative beschlossen, meine Werke aus ihren Regalen zu entfernen, ohne dass dafür ein Gerichtsurteil vorliegt.

Obwohl sie anscheinend an deren Verhängung beteiligt war, wendet die Schweiz diese Sanktionen nicht an, weil sie gegen die Meinungsfreiheit gerichtet sind. Lebte ich in der Schweiz, dann könnte ich den Sanktionen entkommen. Aber ich habe nicht das Recht, mich dorthin zu begeben.

Diese Lage hat all diejenigen schockiert, die für die Achtung der Grundrechte eintreten – beispielsweise das Recht auf freie Meinungsäußerung –, sowie die Verteidiger des Rechtsstaats. Denn die EU-Sanktionen, die explizit außenpolitische Maßnahmen sind, stellen sich über das Recht, das unsere Demokratien regiert, und achten es somit nicht. In der Europäischen Union ist es im Jahr 2026 möglich, einer Person die Freiheit und alle Ressourcen zu entziehen, einschließlich des einfachen Rechts, sich zu ernähren, ohne dass sie ein Verbrechen begangen, ein Gesetz übertreten hätte, verurteilt worden wäre, ohne dass ihr die Möglichkeit eingeräumt wird, ihre Sache zu verteidigen, ohne dass ein Anwalt die Einhaltung der Grundrechte fordern konnte, ohne Gerichtsentscheid, ohne ein echtes Recht auf Berufung – eben weil die Entscheidung eine politische und keine gerichtliche ist. Während also seit dem 16. Jahrhundert die Sanktionierung am Ende eines Prozesses steht, stellt die EU im 20. Jahrhundert dieses Ergebnis einem Prozess voran.

Fügt man hinzu, dass die Sanktionsentscheidung durch Aussagen gerechtfertigt wurde, die ich nie getätigt habe und die nie von einem Gericht überprüft wurden, dann kann man daraus schließen, dass wir unter einer Willkürherrschaft leben. Diese Willkür stützt sich nicht nur einzig und allein auf Auslegungen von nicht getätigten Aussagen. Diese Willkür kann jeden beliebigen Bürger treffen. Für alle Demokraten ist dies eine Situation wie in einem Regime vom Typ Sowjetunion. Aber es gibt Juristen in Belgien wie Frédéric Dopagne, Professor für Völkerrecht an der Katholischen Universität Löwen (UCL), der stolz in der belgischen Tageszeitung *Le Soir* verkündet: »Dies zeigt gerade, dass wir uns in einem Rechtsstaat befinden.«⁸ Noch ein »Experte«, der ein wissenschaftliches Urteil durch seine Ideologie ersetzt und den Rechtsstaat als Grundlage unserer Gesellschaften leugnet.

Wie sein Name besagt, ist der Rechtsstaat eine Regierungsform, bei der die Politik vom Recht geleitet wird. Wenn die Politik sich über

das Recht stellt, wie es unser Experte rechtfertigt und der Rat der EU praktiziert, dann verlassen wir den Rechtsstaat und betreten eine Diktatur. So viel zu der an belgischen Universitäten gelehrt Ideologie.

Neben ihrer direkten Wirkung haben diese Sanktionen Folgen, die man wohl nicht vorhergesehen hat.

Als Erstes hat ihr außergerichtlicher Charakter im wahrsten Sinne des Wortes die weltweite öffentliche Meinung empört, unabhängig von ihren Positionen im russisch-ukrainischen Konflikt. Ich habe Unterstützung aus der gesamten Welt erhalten: von Südamerika bis Japan, von Alaska bis Südafrika, von Marokko bis zur Ukraine (in der Tat!), von Portugal bis Schweden und von Italien bis Irland. In Frankreich wurde die Nachricht relativ wenig durch die Medien verbreitet und ging in der allgemeinen Gleichgültigkeit unter. Demgegenüber hat sie in den angelsächsischen Ländern, in Deutschland, Österreich oder der Schweiz sehr viele Journalisten (selbst aus den traditionellen Medien) veranlasst, zu reagieren und Aufrufe zur Unterstützung⁹ zu veröffentlichen.

Heute kann ich in der Tat nicht mehr die Wohnung verlassen, ohne dass ein Fußgänger mich anspricht, um mir seine Unterstützung zu bekunden. Das Beeindruckendste ist die rege Unterstützung durch Freunde, Nachbarn oder einfache Spaziergänger auf der Straße, die versuchen, mir zu helfen. Solche zugleich berührenden, spontanen und großherzigen Initiativen zeigen, dass die Menschlichkeit auch in einem Europa der Bürokraten das letzte Wort hat. Mit einem Geist, der an die Anfänge des französischen Widerstands (der Résistance) im Zweiten Weltkrieg denken lässt, haben sich Unbekannte mobilisiert, um mir Nahrungsmittel zu bringen, die mir die EU und Belgien bis zum heutigen Tag verweigern. Aber hier zeigt sich auch der größer werdende Spalt zwischen der Maschinerie der europäischen Bürokraten und dem Geist der Bevölkerungen, für die sie zuständig sind.

Natürlich haben sich einige mir teure Personen abgewendet, wie es zu erwarten war, während sich andere, bisher unbekannte als Freunde gezeigt haben. Alte, aus den Augen verlorene Freunde haben sich gemeldet, wie dieser ehemalige Praktikant, der heute einflussreich ist und den »Großen dieser Welt« ins Ohr flüstert. Er spricht mir seine

Anerkennung aus, ihn vor mehr als vierzig Jahren ausgebildet und wie einen wahren Kollegen behandelt zu haben.

Wie alle Krisen, so zeigt auch diese die Geistesgröße der einen und die Bedeutungslosigkeit der anderen, der Intriganten.

Für Letztere ist der Sinnspruch »Ich missbillige, was du sagst, aber ich werde dein Recht, es zu sagen, bis zum Tod verteidigen« nur ein Mittel, um in Pariser Salons glänzen zu können. Für die Mehrheit unserer Journalisten gilt die freie Meinungsäußerung nur für eine Kamarilla, die denkt wie sie. So für Sylvain Besson¹⁰ von der Zeitung *Tribune de Genève*, der in einer Studie der Universität Uppsala in Schweden als Konspirateur beschrieben wird, dessen Werke den rechtsextremen Terroristen Anders Breivik, verantwortlich für den Massenmord in Utoya im Jahr 2011, inspiriert haben.¹¹ Er denkt, meine Sanktionierung sei eine wohlverdiente Strafe. In Belgien gilt dies auch für Daniel Fontaine¹² vom staatlichen Sender RTBF. Er rechtfertigt die Sanktionen, ohne die entsprechenden Informationen zu überprüfen. Und er verweigert jede Korrektur, selbst wenn er auf seine falschen Anschuldigungen aufmerksam gemacht wurde. Es handelt sich hier nicht um Journalisten, sondern um Manipulierer.

Wer meine Bücher gelesen und meine Interviews auf YouTube verfolgt hat, der weiß, dass meine Aussage nicht darin besteht zu bestimmen, wer »gut« und wer »böse« ist. Es geht nicht darum zu urteilen, sondern zu erklären. Deshalb vermeide ich es durchweg, jegliche Propaganda wiederzugeben, sowohl was die verwendeten Begriffe angeht als auch bezüglich der Quellen oder der Schlüsse, zu denen ich komme.

Mein Ansatz ist es aufzuzeigen, dass unsere Traditionsmedien keine Informations-, sondern Propagandaorgane sind, die uns daran gehindert haben, die richtigen Entscheidungen zu treffen. Das will übrigens auch dieses Werk zeigen.

Im Gegensatz zu den ukrainischen Medien, die ich reichlich zitiere und die unter Bedingungen arbeiten, unter denen Parteilichkeit verständlich ist, achten unsere »Traditionsmedien« die Münchner Charta nicht. Ich fordere alle unter ihnen auf, mir das Gegenteil zu beweisen, wobei selbstverständlich die Charta nicht nur im Panoramateil eingehalten werden sollte.

In den Vereinigten Staaten wurde mein Fall – und seine Gefahren für die Meinungsfreiheit – vom *Wall Street Journal* aufgegriffen, einer Zeitung, die sich ganz und gar im »Mainstream« befindet.¹³ In Frankreich tat dies keine Zeitung. In Belgien ergriff eine Journalistin des »Soir« die Feder, um letzten Endes diese außergerichtliche Maßnahme zu rechtfertigen, obwohl ich ihr alle Informationen gegeben hatte, damit sie nichts erfinden musste. In der Schweiz haben angesehene Zeitungen des »Mainstreams« wie die *Weltwoche*¹⁴ und die *Neue Zürcher Zeitung*¹⁵ klar Stellung gegen die Maßnahmen bezogen, weil sie gegen den Rechtsstaat gerichtet sind.

Wenn in Frankreich alles, was nicht der »Parteilinie« entspricht, automatisch als »prussisch« gilt, so ist das im Rest der Welt nicht der Fall. In einem amerikanischen geopolitischen Blog lautete etwa ein Kommentar: »Obwohl Baud proukrainisch ist, versteht er Russland sehr gut.« Im Übrigen sind sehr viele Ukrainer unter den Personen, die mir auf YouTube folgen. In den letzten Jahren haben mich viele von ihnen, die als Flüchtlinge in Brüssel leben, auf der Straße angesprochen, um mir zu danken, weil ich ein ausgewogenes Bild des Konflikts zeige. Als wollten sie die EU widerlegen.

Zweitens besteht das Problem der Sanktionen darin, dass sie einen »Streisand-Effekt« erzeugen: Die Aufmerksamkeit wird auf etwas gelenkt, was man eigentlich verbergen wollte. Daraus entsteht eine unerwartete Sichtbarkeit, die zu einer Waffe wird. Meiner Glaubwürdigkeit ist es gerade so ergangen. Man zensiert niemanden, weil er behauptet, die Russen hätten Nordstream sabotiert. Man zensiert diejenigen, die die Wahrheit sagen, denn alles Abwegige ist leicht zu widerlegen.

Mit anderen Worten: Der Vorstoß des französischen Außenministeriums, mich auf die Sanktionsliste zu setzen, hat lediglich deutlich gemacht, was mir ein Journalist einer großen französischen Tageszeitung 2022 am Telefon erklärte:

»Unsere Redaktion verbietet uns, die Wahrheit zu sagen, denn das würde bedeuten, dass wir Wladimir Putin unterstützen.«